

## **TOP 37:**

---

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands für die Jahre 2012 bis 2017

COM(2013) 355 final

Drucksache: 471/13

Im Rahmen des Europäischen Semesters hat die Kommission am 29. Mai 2013 den vorliegenden Vorschlag für eine Empfehlung des Rates vorgelegt. Darin enthalten sind die länderspezifischen Empfehlungen 2013 für Deutschland.

In ihren Empfehlungen stellt die Kommission eine insgesamt solide Aufstellung der öffentlichen Finanzen in Deutschland fest. Die mittelfristigen Haushaltsziele würden erreicht und die Bruttoverschuldung werde 2013 programmgemäß vermutlich auf gut 80,5 Prozent des BIP sinken. Bei der Verbesserung der Effizienz der Ausgaben für Gesundheit und Pflege seien lediglich begrenzte Fortschritte erreicht worden, die zukünftig zu erwartende Kostensteigerungen möglicherweise nicht ausreichend dämpften. Bei der Anhebung des Bildungsniveaus benachteiligter Menschen habe es einige Fortschritte gegeben.

Die Kommission empfiehlt für den Zeitraum 2013 bis 2014 insbesondere:

- zusätzliche Anstrengungen für mehr Kosteneffizienz im Gesundheitswesen,
- die Einschränkung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes und die Erhöhung der gemeindlichen Grundsteuer (in beiden Fällen würden Einnahmequellen nicht ausgeschöpft),
- die Tätigkeit wachstumsfreundlicher Bildungs- und Forschungsausgaben,
- die Umsetzung der Schuldenbremse in allen Ländern,
- die Stimulierung der Binnennachfrage, insbesondere durch Senkung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung für Geringverdiener,
- Maßnahmen zur Erhöhung des Bildungsniveaus benachteiligter Menschen,
- Maßnahmen zur Erleichterung der Umwandlung von Minijobs in nachhaltigere Beschäftigungsformen,

- die Beseitigung von Fehlanreizen, die potentielle Zweit- oder Geringverdiener an der Arbeitsaufnahme hindern,
- mehr Ganztagskindergärten und -schulen,
- Überprüfung der Kosteneffizienz der energiepolitischen Instrumente zur Erreichung der Ziele bei den erneuerbaren Energien,
- Ausbau der nationalen und länderübergreifenden Strom- und Gasnetze,
- mehr Wettbewerb im Dienstleistungs- und Handwerkssektor, im Baugewerbe und bei den freien Berufen (insbesondere wird der für viele Handwerksbranchen noch vorhandene Meisterzwang kritisiert),
- mehr Wettbewerb auf den Schienenverkehrsmärkten,
- Erleichterung des Marktzutritts im Einzelhandel,
- Verbesserung des Governance-Rahmens im Bankensektor.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 471/1/13** ersichtlich.